

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Preisausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 66, Cludenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

10 Pfennig

Donnerstag

13. Oktober 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstagszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Cludenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

#### Adolf Wermuth.

Der frühere Oberbürgermeister von Berlin Adolf Wermuth ist gestern, 73jährig, nach vierwöchigem Krankenlager im Lichterfelder Kreiskrankenhaus gestorben.

Ein „Beamtenleben“, das die letzten sieben Jahre in freiwillig-unfreiwilliger Ruhe verbringen mußte, ist zu Ende gegangen. Ein Beamtenleben, dessen größter Teil dem Dienste des Reiches galt und das seine Bedeutung doch erst durch die kommunale Betätigung an der Spitze der Reichshauptstadt erhielt.

Im Juni 1912 wurde Adolf Wermuth zum Oberbürgermeister Berlins gewählt. Die Sozialdemokratie stand dieser Wahl abwartend gegenüber. Was Wermuth als Staatssekretär im Reichsfinanzamt geleistet hatte, gab keine Gewähr dafür, daß er die Geschäfte der Stadt im Sinne der immer stärker andrängenden sozialen Forderungen mit bewußtem Fortschrittswillen und mit Entschiedenheit würde zu leiten wissen. Er war gescheitert an der neuen Heeresvorlage des Jahres 1912, zu deren Deckung er die Erbschaftsteuer herangezogen wissen wollte. Als auf den Druck der Konservativen und des Zentrums hin die Finanzminister sich gegen die Steuer wandten, zog er die Konsequenzen und trat zurück.

Schon bei der Einführung des neuen Oberbürgermeisters küßte sich jedoch der Schleiter ein wenig. Mit deutlicher Spitze betonte Wermuth in seiner Antrittsrede:

„Ich möchte nach den Grundsätzen, unter denen Berlin erhdht ist, tatentfroh und gut bürgerlich wie im Ratrat, so mit Ihnen (den Stadtverordneten) wirken, mit Ihnen das Suchen und Streben und die Freude am Erreichten teilen.“

Aus dem höflichen Berlin sollte das „bürgerliche“ Berlin werden, und als äußerliches Zeichen dessen brach er mit dem langjährigen würdelosen Brauch, den Kaiser und fremde Fürstlichkeiten mit entblößtem Haupt am Brandenburger Tor zu empfangen, sondern beteiligte sich bei den Empfängen auf dem Bahnhof.

Mit außergewöhnlicher Tatkraft und Entschiedenheit hat Wermuth in den folgenden Jahren die Geschichte Berlins in dem von ihm als richtig erkannten Sinne beeinflusst — und bekümmert um den sich immer mehr zuspitzenden Gegensatz zu den Rechtsparteien, die nichts unverfugt ließen, um die liberalen oder — wie es bald hieß — „sozialistischen“ Tendenzen seiner Amtsführung zu durchkreuzen. Sein persönliches Verdienst ist es in erster Linie, daß die Ernährung der Reichshauptstadt während des Krieges im Rahmen des Möglichen sichergestellt werden konnte. Die Arbeit, die damals geleistet worden ist, ist eingehend in dem im November 1920 herausgegebenen ausführlichen Bericht „Berlin im Weltkriege. Fünf Jahre städtischer Kriegsarbeit“ gewürdigt worden.

Es ist möglich, daß Wermuth — wie von deutschnationaler Seite immer wieder behauptet worden ist — gerade durch diese Arbeit, die ja zwangsläufig gewisse gemeinwirtschaftliche Formen annehmen mußte, immer mehr sich von der Richtigkeit sozialistischer Forderungen überzeugt hat. „Ehe er sich's versah“, schreibt heute die „D. A. Z.“, „bestand sich der ehemals so unpolitische, feiner Partei zugeschworene Beamte im Bann sozialistischer Ideen.“

Richtig ist, daß unmittelbar nach der Revolution der Bruch zwischen Wermuth und seinen einstigen Freunden innerhalb der bürgerlichen Parteien erfolgte. Zu den alten politischen Gegnern des Oberbürgermeisters gesellten sich nunmehr auch die Demokraten, die den Wandel vom Kommunalfreisinn zur Demokratie zunächst nur im Namen vollzogen hatten, während die Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterräte ihn ausdrücklich ihres Vertrauens „in Erwartung weiterer erspriesslicher gemeinsamer Arbeit“ versicherte.

Das Jahr 1920 brachte dem Oberbürgermeister dann die Bewirklichung seiner langjährigen Bestrebungen nach einer Zusammenfassung der zerstückelten Berliner Gemeinden zu einem einheitlichen Groß-Berlin. Und bei der Wahl des neuen Magistrats der Einheitsgemeinde wurde er an die Spitze dieses Groß-Berlins berufen. Sämtliche sozialistische Parteien stimmten dafür — keine einzige bürgerliche Partei konnte sich dazu ausschwingen, dem Mann ihres einstigen Vertrauens, dem Mann der Kriegswirtschaft Berlins, dem Kämpfer für die Vereinheitlichung ihre Stimme zu geben.

So hätte Wermuth noch lange Jahre die Geschicke Berlins an der verantwortungsvollsten Stelle mit leiten können, geführt auf die proletarische Mehrheit des Rates Hauses. Der Haß und die Wut der bürgerlichen Parteien über den „Verfall“ hätten ihn nicht zu Fall bringen können. Aber was sie allein nicht vermocht hatten, das wurde ihnen ermöglicht durch die Uneinigkeit der Arbeiterparteien, durch die Verantwortungssolidarität der Kommunisten. Als am Schluß des Elektrizitätsstreiks im November 1920 die Linksmehrheit des Rathauses ein Vertrauensvotum über die Haltung des Oberbürgermeisters in diesem Streit einbrachte, zogen die Kommunisten unter Führung von Dörr die bereits gegebene Unterschrift in letzter Stunde zurück: die Mehrheit, die den Oberbürgermeister gewählt hatte und auf die er sich stützen konnte, war zerbrochen. Wermuth zog die Folgerung daraus und ließ sich zunächst beurlauben, um dann wegen seines „aufs äußerste angegriffenen Gesundheitszustandes“ endgültig auszuscheiden. „Die Deutsch-

nationalen und sonstigen kapitalistischen Kreise haben Wermuth zur Strecke gebracht. Die Kommunisten gaben ihm den Fangstoß. Beide sind jetzt zufrieden.“ (Schrieb damals der „Vorwärts“.)

So endete frühzeitig und überraschend die Laufbahn des Mannes, auf den gerade die Sozialdemokratie glaubte noch viele Hoffnungen setzen zu dürfen. Die geschichtliche Leistung Wermuths wird dadurch nicht beeinträchtigt. Freund wie Gegner müssen sie heute schon anerkennen, wenn auch natürlich der Haß auf den Mann, der sich rechtzeitig aus der Enge bürgerlicher Ideologien löste, noch auf lange hinaus bestehen bleiben wird. „War es nicht selbstverständlich, wie im tiefsten Sinne nützlich, daß wir in der Not die Arme regten ohne Rücksicht auf Ausgang und Urteil? Und war es nicht verdienstlich, selbst nach dem Zusammenbruch mit letztem Kraftrest Ordnung und Festigkeit zusammenzurufen und zu verstärken, wo sie zu finden waren? Ich unterjange mich, auch diese letzte Frage zu bejahen“ — so urteilt Wermuth in seiner Autobiographie über sein eigenes Werk und insbesondere über sein Handeln nach der Revolution. Die Geschichte wird ihm recht geben.

Oberbürgermeister Wermuth war im Jahre 1912 von den Bürgerlichen gewählt worden, die Sozialdemokraten hatten weiße

Stimmzettel abgegeben. Der verstorbene Genosse Leo Arons hatte jedoch schon in einer Sitzung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion auf Grund genauerer Kenntnis der Person sich in höchst anerkennenswerter Weise über Wermuth ausgesprochen und dabei u. a. gesagt, wenn es zu einer zweiten Oberbürgermeisterwahl kommt, würden die Sozialdemokraten ganz gewiß geschlossen für ihn stimmen. Kurz nach seiner Wahl machte denn auch Wermuth gelegentlich die Bemerkung, er wolle ein Bürgermeister nicht für Berlin W., sondern für Berlin O. sein. Zum Zeichen dieser seiner Bestimmung richtete er sich auch zunächst in einer sehr bescheidenen Wohnung in der Klosterstraße ein, die er erst später mit einer repräsentativeren vertauschte.

Während des Krieges interessierte er sich als Mitglied des Herrenhauses lebhaft für die preussische Wahlreform. Schon damals sprach er sich zu führenden Sozialdemokraten über die Unhaltbarkeit des preussischen Dreiklassenwahlrechts in schärfsten Ausdrücken aus. Die Wahlreform kam allerdings trotz der Bemühungen Wermuths erst mit dem Zusammenbruch. Wie sie kam, das hat er aus seinen eigenen Erlebnissen in seinem Erinnerungsbuch dramatisch geschildert. Während einer Sitzung der Wahlrechtskommission des Herrenhauses am 1. Oktober 1918 wurden die Fraktionsführer eiligst zusammengerufen, und die Regierung machte ihnen die Erklärung, daß nunmehr die Oberste Heeresleitung, die bis dahin das gleiche Wahlrecht entschieden bekämpft hatte, die schnelle Verabschiedung einer demokratischen Wahlreform verlange.

## Konflikt zwischen Reich und Ländern.

### Um die Kosten der Besoldungsreform. — Die Länder verlangen mehr Einnahmen.

Die Auseinandersetzung über die Kosten der Besoldungsreform haben sich in den letzten Tagen zu einem schweren Konflikt zwischen dem Reich und den Ländern entwickelt, dessen Lösung noch nicht zu übersehen ist. Die meisten deutschen Freistaaten erklären sich außerstande, die Kosten für die Durchführung der Besoldungsreform der Beamten zu tragen. Preußen hätte zwar für die ersten Monate die Mittel dazu frei, kann aber ebenfalls auf die Dauer die neu entstandenen Mehrkosten nicht aufbringen. Eine große Rolle spielt dabei, daß die Reichsregierung gleichzeitig mit der Ausübung neuer Kosten auf die Länder diesen die Möglichkeit genommen hat, die Realsteuern zu erhöhen. Das Steuervereinfachungsgesetz, dessen Schicksal noch ungewiß ist, sieht darin noch stärkere Bindungen vor als bisher.

Nun hat Bayern vorge schlagen, die Anstelle der Länder an die Einkommensteuer des Reiches von 75 auf 80 Prozent zu erhöhen. Diefem Antrag schließt sich mit den übrigen Freistaaten jetzt auch Preußen an. Die Reichsregierung aber hat bisher immer erklären lassen, daß an eine Aenderung des Finanzausgleichs wegen der Erhöhung der Beamtengehälter nicht zu denken sei. Nachdem nun die Mehrheit der Länder heute nachmittag im Reichsrat den Antrag anzunehmen entschlossen ist, werden sich daraus weittragende Konsequenzen für das Schicksal der Besoldungsreform und die Durchführung der übrigen Steuerpläne ergeben. Der Konflikt hat sich also unmittelbar vor dem Zusammentreten des Reichstages zugespitzt. Zu seiner Lederbrückung werden langwierige

Verhandlungen erforderlich sein. Das Reichskabinett wird sich heute nachmittag mit den durch die Besoldungsreform und die Ansprüche der Länder entstandenen neuen Problemen befassen.

Diese Zuspitzung in einem Augenblick, in dem man über eine Neugestaltung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern diskutiert, ist ein neues Zeugnis der Unfähigkeit des Reichsblochs, den großen finanzpolitischen Fragen gerecht zu werden. Der größte Widerstand gegen die Pläne des Reichsfinanzministeriums kommt aus Süddeutschland, insbesondere aus Bayern, also gerade den Ländern, deren Eigenexistenz der Reichsfinanzminister immer als besonders wertvoll ansieht, und die auch sonst aus Gründen der Regierungskoalition sich einer großen Wertschätzung der Kabinettsmitglieder erfreuen. Jetzt sind es diese Staaten, die in die Finanzpläne der Regierung ein Loch gerissen haben. Preußen muß sich dem Antrag anschließen, weil es selbst genau so wie die anderen Länder nicht über die notwendigen Mittel und steuerlichen Freiheiten verfügt, um die Mehrausgaben zu decken. Diesen Gang der Dinge hätte die Reichsregierung, wenn sie gewollt hätte, voraussehen können. Sie hat es aber darauf ankommen lassen und befindet sich nun gegenüber den Ländern in einer Sackgasse, aus der einen Ausweg zu finden ihr sehr schwer fallen wird.

## Für eine europäische Wirtschaftsentente.

### Eine französische Stimme zum franko-amerikanischen Zollkrieg.

Paris, 13. Oktober.

In einer Betrachtung des französisch-amerikanischen Zolltarifstreits und der französisch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen schreibt die linksgerichtete Tageszeitung „Volonté“:

Die belgischen Unterhändler, die sowieso schon wegen der in Frankreich gegenüber Belgien verfolgten Politik wenig zugänglich sind, sehen sich zu Beginn der Verhandlungen einer französischen These gegenüber, die mit den Interessen Belgiens unvereinbar ist. Die ersten Sitzungen sind daher äußerst heikel gewesen. Gegenwärtig zeigen die französischen Unterhändler mehr Entgegenkommen, sie scheinen in der Frage der Einfuhr chemischer Produkte zu einer für Belgien befriedigenden Regelung bereit zu sein. Die Atmosphäre hat sich also geklärt, und es ist zu wünschen, daß sie noch günstiger wird. Denn es wäre der größte Fehler, den Frankreich begehen könnte, wenn es den Erfolg der verschiedenen Handelsvertragsverhandlungen, die es gegenwärtig führt, gefährden würde. So entgegenkommend im Ton auch die letzte amerikanische Note ist, sie bleibt nichtsdestoweniger auf mit den französischen Interessen nicht zu vereinbarende Forderungen bestehen. Die beste Waffe aber, über die Frankreich gegenüber dem mächtigen Amerika verfügt, ist eine enge Wirtschaftsente mit seinen kontinentalen Nachbarn. Ein derartiges Abkommen besteht bereits zwischen Frankreich und Deutschland. Wenn es auch mit Belgien zu einem entsprechenden Abschluß käme, würde man darin den Grundstock einer Art europäischer Wirtschaftseinheit haben, mit der die Vereinigten Staaten rechnen müßten.

## Neuer Schandprozeß in Rom.

### Gegen neunzig Arbeiter und Intellektuelle.

Witte Oktober soll vor dem Sondergericht in Rom, einer Faschistenabteilung im Richteramt, als Faschisten auf unbedingten Gehorsam gegen Mussolini vereidigt, der Prozeß gegen 90 Personen

beginnen, denen alle möglichen Verbrechen gegen den Staat, mit lagen gegen die Faschistenherrschaft, zur Last gelegt sind, so daß ihnen die Todesstrafe in Aussicht steht. In Wahrheit ist es ihr Verbrechen, daß sie Gegner des Faschismus sind und diese Gegnerschaft zu äußern so mutig waren; aber man schreibt ihnen einfach das Attentat von Bologna aufs Konto. Unter den Angeklagten sind namhafte Gelehrte, darunter der schwerranke Professor Gramsci und viele andere. Sie alle werden als gemeine Verbrecher behandelt, obgleich Mussolini aus seiner sozialistischen Zeit her die schwache Gesundheit mancher der Verhafteten kennt und die Wirkung dieser Behandlung beurteilen kann. Angeklagt sind auch eine ganze Anzahl kommunistischer Abgeordnete. Heute freilich sind sie es nicht mehr, da die Faschistenmehrheit am 8. November 1926 nicht weniger als 162 oppositionelle Abgeordnete aus dem Parlament ausgestoßen hat. Zu der Zeit, wo diese Kommunisten die ihnen angedichteten Verbrechen begangen haben, waren sie — selbst nach faschistischem „Recht“ — noch Abgeordnete; sie sind nicht zur Strafverfolgung ausgeliefert worden, das Gesetz, auf Grund dessen man sie jetzt anklagt, bestand damals auch noch gar nicht — kurz, dieser Massenprozeß in Rom ist die größte und schamloseste Rechtsverhöhung!

## Rakowski geht.

### Rußland beruft ihn ab.

Paris, 13. Oktober. (Eigenbericht.)

Die „Volonté“ meldet aus Moskau, daß der Rat der Volkskommissare ein Memorandum als Antwort auf die französische Rakowski-Note ausgearbeitet habe. Darin willige Rußland in die Abberufung Rakowskis ein. Als Nachfolger Rakowskis werde Bessedowsky, gegenwärtig Geschäftsträger in Tokio, vorgeschlagen.

Die Ueberrahme der Präsidentschaftsbilder im Reichstag. Am Dienstag, den 18. d. M., findet die Ueberrahme der Standbilder des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und des Reichspräsidenten von Hindenburg in der Großen Wandelhalle des Reichstages statt.

# Um den Frieden Europas.

Wirth über das große Wahljahr 1928.

In der „Deutschen Republik“ schreibt Wirth über den Aufmarsch zu dem großen Wahljahr 1928. Er wendet sich lebhaft gegen die zweideutige Art, in der die Deutschnationalen in der Regierung Wollerbundspolitik treiben, und bemerkt darüber u. a.:

Die Ausführungen des Grafen Westarp auf dem Parteitag der Deutschnationalen zur Außenpolitik haben erneut Zweifel an dem ehrlichen Willen Deutschlands zur Mitarbeit am Frieden aufkommen lassen. Namentlich in Frankreich fragt man sich, ob aus den Äußerungen des Grafen Westarp nicht geschlossen werden muß, daß die deutsche Regierung dem Druck der Deutschnationalen, der bisher namentlich in der Innenpolitik spürbar war, nicht auch in ihrer äußeren Politik nachgeben müsse. Frankreich sieht daher in den deutschen Wahlen des nächsten Jahres die Antwort auf seine Frage, auf welche Bahn sich das neue Deutschland endgültig festlegen werde.

Ohne Zweifel wird der Ausgang der nächsten Wahlen bei uns die Entscheidung bringen, ob das deutsche Volk unter Wahrung des berechtigten deutschen Standpunktes, aber in Einordnung in die allgemeine Organisation des Friedens an den großen europäischen Problemen in der Zukunft weiter mitarbeiten wird, oder ob es den verhängnisvollen Eingebungen der Deutschnationalen, die „für Schwarzweißrot“ und „gegen die uns welfens Fremde Verfassung von Weimar“ in den Wahlkampf zu gehen beabsichtigen, Gehör leisten wird. Sicher ist, daß aus dem, was aus einer solchen Politik notwendig folgen würde, ein Frieden in Europa nicht möglich wäre.

Ob es seiner eigenen Partei, dem Zentrum, überhaupt noch möglich sein wird, nach ihrem Bündnis mit den Deutschnationalen einen Wahlkampf nach so großen Gesichtspunkten zu führen — darüber äußert sich Wirth nicht.

## Esser gegen Herzog.

Recklinghausen, 12. Oktober.

Auf der von der Zentrumspartei veranstalteten großen Mittelstandsversammlung sprach der Vizepräsident des Reichstages, Abg. Esser, über die Mittelstandspolitik des Zentrums und die gegenwärtige politische Lage. Dabei betonte er, die Rede, die der Reichsjustizminister Dr. Herzog dieser Tage gehalten habe, schlage alle christlich gemeinten Bestrebungen, zu einer Verständigung mit den Deutschnationalen zu kommen, in Scherben. Angesichts dieses Verhaltens der deutschnationalen Führer werde die Frage, ob sich die Koalition mit den Deutschnationalen noch lange aufrechterhalten lasse, immer dringender.

## Demagogie statt Staatspolitik.

Wie die KPD. sich die Hamburger Regierung vorstellt.

Hamburg, 13. Oktober. (Eigenbericht.)

Die KPD., Bezirksleitung Wasserfront, richtete an die Vorstände der Hamburger Sozialdemokratie und Gewerkschaften einen offenen Brief, der heute auch in der „Roten Fahne“ abgedruckt wird und der vierzehn Forderungen an die Regierungsbildung in Hamburg aufstellt. Formuliert sind diese Forderungen nach berühmtem kommunistischem Rezept: Eine Beteiligung an der Regierung, eine verantwortliche Mitwirkung an der Durchführung der von ihr selbst aufgestellten Forderungen lehnt die KPD. ab. Sie erklärt sich lediglich bereit, einer sozialdemokratischen Regierung in Hamburg die Möglichkeit des Bestehens und Arbeitens zu geben, wenn diese die „Mindestforderungen“ annimmt, und wenn die Programmpunkte nicht plötzlich später auf Rostauer Befehl anders ausgelegt werden. Im übrigen kümmert sich das kommunistische Programm natürlich gar nicht darum, ob die aufgestellten Programmpunkte im Rahmen der Politik eines einzelnen Freistaates überhaupt durchzuführen sind oder ob die Entscheidung über die fraglichen Punkte nicht beim Reiche liegt. Der größte Teil der sozialpolitischen Forderungen hingegen entspricht

## Das Lauschmikrophon.

Von Marcus.

In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist die Maschine selbstverständlich der Feind des Menschen. Jede Maschine verdrängt sozusagen den Arbeiter; man setzt diese auf die Straße und schreibt den so erzielten Gewinn zum übrigen. Ja, und nun soll sogar der Spion durch die Technik ersetzt werden!

Es gibt mancherlei Spione. Solche, die sich in Feindes Land begeben, von dort unter mehr oder weniger Gefahren politisches und militärisches Material schinden, das meist schon bekannt ist und neuer bezahlt werden muß. Eine solche Tätigkeit ist ehrenvoll. Dann gibt es eine Reihe von Spionen, die militärische Geheimnisse (?) der Reichswehr für Butterbrote verkaufen. Solche Spione wirkt man, falls man sie erwischt, auf mehrere Jahre in den Kerker. Sie sind keine Heiden. Die traurigsten Heiden aber sind die Spione, die sich in Fabrik und Bureau mit freundlichem Lächeln an dich heranschleichen, Protokoll, die dich zu einem Glas Bier einladen — das dein Arbeitgeber bezahlt! — und die dich bis auf Herz und Nieren ausfragen. Wehe, wenn dem Gehege deiner Zähne ein Wort entfährt, das einen Geisteshauch von Marxismus verrät oder ein klein wenig Sozialismus — morgen weiß es dein Chef, übermorgen steht du „wegen Betriebsverhinderung“ mit deinem Arbeitsbuch auf dem Arbeitsnachweis.

Und gerade diese gefährliche Sorte Spione will man erziehen durch mechanische Gefinnungsmaschinen! Eine geschäftstüchtige Berliner Telefongesellschaft stellt solche maschinellen Lauschmikrophonen gross her. Sie bestehen aus Mikrophonen beliebiger Anzahl, die Gespräche und Geräusche in das Arbeitszimmer des Chefs oder Unternehmers leiten. Der braucht dann bloß den Kopfhörer aufzustülpen und sich einschalten, wo und wann es ihm beliebt. Wenn er es für nötig hält, kann er sich einen zweiten Mann als Zeugen nehmen! Und wenn es ihm paßt und wenn er sich zu sehr geärgert hat, kann er sofort die Entlassungen diktieren.

Das ist ein gefährlicher Feind, der sich da in die Werke und Fabriken einschleicht. Denn die Mikrophone, diese „Lauschmikrophone“, sind so winzig, daß sie überall unauffällig untergebracht werden können. Früher soll es ja auch schon neugierige Bienen gegeben haben, die an Lüftungslappen, Wasserrohren oder sogar an Türschloßern lauschten — aber diese Methoden waren unvollkommen und führten leicht zu Entdeckungen. Jetzt ist die Sache viel gefährlicher. In einem neuzeitlich organisierten Werk — alle großen Werke sind im Zeitalter des Rationalismus — nein, der Rationalisierung wollte ich sagen — technisch auf der Höhe — steht dann die Sache so aus:

Der Chef tritt um 10 Uhr ein. Hat gut gefrühstückt, aber schlecht verdaut. Nimmt aus seinem Schreibtisch den Kopfhörer. Tut eine Kollajonette beiseite, eine fünfsache Reihe von je zwanzig Knöpfen wird sichtbar. Chef (zu sich): Wollen doch mal hören, ob dieser

bereits der bisherigen Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei. Sie sind also nur zu dem Zweck aufgestellt, um für die Kommunisten alle etwaigen Erfolge der sozialdemokratischen Politik später in Anspruch nehmen zu können, wenn etwa die Sozialdemokratie auf das Programm eingehen sollte. So ist dieser Brief von dem alten kommunistischen Geist getragen, der darauf ausgeht, in den Wählermassen Illusionen zu wecken. Erfüllen sich diese Illusionen nicht, dann behält sich die kommunistische Partei jederzeit vor, im Bunde mit der bürgerlichen Reaktion die Regierung zu stürzen. Ein solches „Bündnis“ ist natürlich undenkbar.

Daher steht das kommunistische Programm bei der hamburgischen Sozialdemokratie, deren Landesorganisation sich heute damit befassen wird, bisher auf schärfsten Widerspruch. Unser Parteiblatt, das „Echo“, bezeichnet das kommunistische Programm rundweg als eine Unfähigkeitserklärung der KPD. Es stellt jedoch dazu als bemerkenswert fest, daß in den wichtigen sozialpolitischen Fragen die Haltung der Kommunisten nunmehr programmatisch festliegt. Das wird für die Behandlung dieser Probleme in Zukunft von Wichtigkeit sein, besonders wenn das Bürgerturn auf einen sozialreaktionären Kurs hinführen sollte im Vertrauen darauf, daß die Kommunisten sich jeder staatspolitischen Verantwortung entziehen. Die Sozialdemokratie denkt gar nicht daran, sich zu Aufstößen für die kommunistische Demagogie herzugeben und dieser Koalitionspolitik Vorschub zu leisten. Nachdem die KPD. in Hamburg eine bei den jetzigen Verhältnissen mögliche Arbeiterregierung in aller Form abgelehnt hat, da sie sich nicht an ihr verantwortlich beteiligen will, hat die Sozialdemokratie in ihren Entschlüssen völlig freie Hand und wird daraus diejenigen Konsequenzen ziehen, die für eine vernünftige Staatspolitik im Dienste der Arbeiterschaft geboten sind.

## Verständnislos.

Der politische Instinkt der Kommunisten.

Der „Roten Fahne“ ist unsere Beschäftigung mit dem Falle Marg-Keudell-von Treskow unverständlich. Um so verständlicher ist uns diese Begriffsstutzigkeit. Sie ist uns auch nicht neu. Als wir im Falle Haas-Schröder (Magdeburg) gegen einen der hartsträubendsten Exzesse reaktionärer Tendenzjustiz ankämpften, wurden wir von den Kommunisten beschimpft, weil wir uns für den „Kapitalisten Haas“ einsetzten. Ebenso war es, als wir im Falle Ruchmann-Knosch die Verleumdung der Berliner Staatsanwaltschaft durch deutschnationale Spionagenetzwerke aufdeckten. Damals stellte sich der Abendbrotesser der „Roten Fahne“, mit aller Kraft uns verdächtigend, vor die Beauftragten der Sachmeister, Leopold und Konfort. Erst Monate später änderte man dann im Vollgefühl der Blamoge heimlich still und leise seine Haltung, wobei man auf die Bergehllichkeit der kommunistischen Beser mit Erfolg spezialisierte.

Warum sollen wir uns da wundern, wenn das Berliner Kommunistenblatt den politischen Sinn des Falles Keudell-Marg-Treskow nicht begreift, wenn es nicht einzusehen vermag, daß die von Marg geforderte Ehrenerklärung für Treskow notwendigerweise die Verurteilung seines Ministerkollegen v. Keudell ist! (Weshwegen Herr Marg sich auch so standhaft weigert, sie abzugeben.) Aber vom Ochsen verlangt man vergeblich mehr als Rindfleisch, und wer unter Politik nichts als Schimpfen, Prügeln und Schreien versteht, der wird einen politischen Kampf niemals begreifen und zeitweilig der läppelhaften Handlanger und Bundesgenosse der Reaktion bleiben.

## Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft.

Vergünstigungen bei der Teilung großer Wohnungen.

Der preussische Wohlfahrtsminister hat unter dem 4. Oktober eine Verordnung erlassen und jetzt dem preussischen Staatsrat zur Kenntnisnahme überandt, die eine Teilung großer Wohnungen zur Schaffung neuer Schlafräume begünstigt. Die neuen Bestimmungen sehen vor, daß durch Teilung gewonnene Wohnräume, wenn die alte Wohnung fünf Zimmer oder mehr umfaßte, nicht der Beschlagnahme unterliegen sollen. Als neue Wohnung

gibt auch der Teil der bisherigen Wohnung, in dem eine Küche vorhanden war. Die Gemeinden haben damit die Möglichkeit erhalten, einen gewissen Druck auf die Besitzer großer Wohnungen auszuüben, um durch Teilung der alten und bauliche Herrichtung der neuen Wohnungen dem Wohnungsmangel entgegenzutreten.

Ziel Wirkung wird man von der Verordnung nicht erwarten können, da ja die Miete in den so hergestellten neuen Wohnungen der Zwangswirtschaft nicht unterliegt und aller Voraussicht nach sehr hoch sein wird. In der Notwendigkeit, durch möglichst umfassende Neubauten gegen das Wohnungselend anzukämpfen, ändert die Verordnung also nichts.

## Ein spätes Dementi.

Paléologue bestreitet jetzt das Angebot an Ungarn.

Bukarest, 13. Oktober.

Die Presseabteilung des Außenministeriums teilt mit, daß der rumänische Gesandte in Paris, Constantin Diamandi, von Paléologue folgenden vom 11. Oktober datierten Brief erhalten habe:

Lieber Freund! Ich war sicher, daß Sie nicht einen Augenblick lang der französischen Regierung die Verantwortung dafür aufbürden würden, daß Sie im Jahre 1920 die seitlichen Verhandlungen mit der ungarischen Regierung geführt hätte, die seit einigen Wochen sozial Zustimmung unter den Radikalen hervorgerufen. Derartige Verhandlungen haben niemals stattgefunden. Was die amtliche von mir unterzeichnete Note betrifft, von der die ungarische Presse soviel Aufhebens macht, so erkläre ich, daß sie vom ersten bis zum letzten Wort eine Fälschung ist. Paléologue.

Seit der Veröffentlichung des „Magyarisag“ sind gut zwei Wochen verstrichen. Bis jetzt hatte Paléologue jede Äußerung abgelehnt. Alle Welt glaubte fest an die Richtigkeit jener Veröffentlichung, daß nämlich dem verstümmelten Ungarn eine große Verstärkung seiner Armee und eine Verbesserung der Grenzziehung angeboten war, wenn es dem damals schwer bedrängten Polen gegen die Sowjetarmee zu Hilfe eile. Da dieses Angebot eine Befähigung dafür wäre, daß man in Paris damals schon die schweren Ungerechtigkeiten der Grenzziehung mit ihrer Abweisung fernablässiger Gebiete von Ungarn eingesehen habe, wirkte es als eine maßgebende Bestätigung der gleichlaufenden Behauptungen des Lord Rothermere, begeisterte darum die Radikalen und beunruhigte in hohem Maße die vermeintlichen Anhänger dieser Grenzziehung, also die Regierenden in Prag, Bukarest und Belgrad. Paléologue's Amtsnachfolger als leitender Beamter des französischen Außenministeriums, Berthelot, machte mit dem tschechischen Gesandten in Paris, Dufsky, einen Autoausflug, ausgerechnet aber natürlich ganz unpolitisch, nach Prag und jetzt kommt endlich aus Bukarest — nicht aus Paris — und auf dem Umweg eines Briefes an Diamandi — nicht direkt und klar — das Dementi. Es dürfte das Ergebnis eines wahren Trommelfeuers auf Paléologue darstellen. Warten wir ab, was als Beweis für die Echtheit des Angebots noch zutage kommt — und ob schließlich nicht dieser von Bukarest hinausposaunte Brief noch einmal als Fälschung erklärt wird!

## Erzbischof gegen Wojwode.

Kür die Freilassung der litauischen Pfarrer.

Wilna, 13. Oktober.

Wie die „Katholische Presseagentur“ meldet, hat sich der Erzbischof von Wilna an den Wojwoden Kaszkiewicz gewandt, um eine Freilassung der inhaftierten litauischen Pfarrer zu erreichen. Der Erzbischof habe darauf hingewiesen, daß durch die Verhaftung ganze Kirchensprengel ohne Pfarrer sind. Außerdem wies er darauf hin, daß die Verhaftungen sich mit den Bestimmungen des Konkordats nicht rechtfertigen ließen. Der Wojwode erklärte, daß er selbst nichts unternehmen könne, aber die Intervention des Erzbischofs an die Zentralbehörden weiterleiten werde. Das einzige, was der Erzbischof erreichte, war die Erlaubnis, die als Pfarrer im Gefängnis zu besuchen.

Reichskanzler Dr. Marx ist nach Abschluß seiner Reise durch die besetzten Gebiete heute vormittag in Berlin eingetroffen.

Karl von Müller nicht doch so'n verlappter Roter is“. (Drückt den Knopf nieder, neben dem „Müller“ steht.) Stimme im Mikrophon: ... man 'n bisschen sig, sonst tom'm' is' hui nich uff mein Pensum. Und denn steht er mir am Ende von de Woche wieder zu de Miete. Bei die Hungerleiche ... Der Chef kriegt einen roten Kopf und notiert: Hungerlöcher.

Er hat von Müller die Nase voll und nimmt sich mal den Krause vor. Den hat er erst vorgestern auf Empfehlung des nationalsozialistischen Arbeitsnachweises eingestellt. Also, Stimme im Mikrophon: „Beständiger Wirt! Einem solche Predarbeit zuzumessen! Unser einer schuftet hier, und das volgestressene Schwein da oben kommt so um zehn angepöbelnd. Ich sah ihn gestern in der Leipziger Straße, da ging er mit solchem Fräutchen in die Wingerstuben ...“ Der Chef lapst nach Luft. Das volgestressene Schwein liegt ihm im Magen. Jörnbeben notiert er: „Krause wird sofort entlassen“. Dann schleudert er den Kopfhörer wütend von sich. Ja ja, jede Erfindung hat zwei Seiten. Manche Privatdetektivgesellschaft wird zu Massenentlassungen schreiten müssen, nachdem die Rohren ihre Schuldigkeit in den großen Fabriken und Werken getan haben ... Opfer des mechanischen Lauschmikrophons.

Noch läßt sich nicht überblicken, welche ungeachteten Verwendungsmöglichkeiten der künstliche Lauscher in sich schließt. Die Gattin geht damit zu Bett, um von den Fuhrtritten ihres spät heimkehrenden Gatten toischer gewetzt zu werden — Fuhrtritte selbstverständlich bildlich gemeint. Die „Gnädige“ kann sich mit Hilfe dieses feines Ohres vergewissern, daß Minna keinen unermühten Kostgänger in der Küche aufnimmt, daß sie mit anderen Dienstmädchen nicht über schlechte Behandlung beschwert. Bedauerlich bleibt — vielleicht hat es das Schicksal gut mit uns gemeint! — daß das Lauschmikrophon nicht drahtlos und auf größere Entfernungen arbeitet. Dann könnte mancher deutschnationale Minister und Abgeordneter erfahren, was seine Wähler nach Hamburg und Königsberg jetzt von ihm denken ...

Man sieht eben auch hier, daß jede Erfindung unvollkommen ist wie der Mensch überhaupt.

Die älteste nordische Republik entdeckt. Ein neuer, bisher unbekannter Staat, eine unabhängige Bauernrepublik unstrittigen Datums, ist innerhalb der schwedischen Grenzen entdeckt worden — das ist die letzte Neuheit auf dem Gebiete der historisch-archaischen Forschung in Skandinavien. Der Entdecker, ein norwegischer Historiker, Professor Edward Bull, hat im letzten Heft der Osloer Zeitschrift „Freund des Altertums“ seine These in einem aufschlußreichen Artikel begründet. Bull hat die Geschichte der schwedischen Provinz Jemtland (Jemtland liegt in Norrbygd) und grenzt an Norwegen) studiert. Schweden erhielt Jemtland nach dem Kriege mit Norwegen, der seinen Abbruch durch den Frieden von Bromsbro im Jahre 1645 fand. Jemtland hatte vorher Norwegen gehört. Professor Bull ist nun durch ein genaues Studium aller, bisher unbekannter Urkunden zu der Ueberzeugung gekommen, daß Jemtland im frühesten Mittelalter eine selbständige republikanische Staatsform hatte, ehe es dem norwegischen Königreich einverleibt wurde. Der Staat hatte seine eigene Gesetzgebung und war von den

normwegischen Königen völlig unabhängig. Die Staatsform dieses Landes entspricht vollständig der Verfassung der Freistaaten auf Island und Grönland. Die isländisch-grönlandischen Freistaaten wurden aber erst im 10. Jahrhundert gegründet. Das freie Jemtland existierte bereits in viel früherer Zeit. In Frolan, seiner Hauptstadt, sammelte sich das Volk aus vielen nordischen Gebieten, um dem Gottesdienst zu Ehren Freyas beizuwohnen. Der Freyaskult war die Staatsreligion Jemtlands.

Die Bedeutung der Entdeckung Professor Bulls erstreckt sich noch weiter. Die nordische Geschichtsschreibung beschäftigte sich von jeher mit der Theorie des urgermanischen Königtums, die durch die These Bulls revidiert werden muß. Man erzählt, daß, abgesehen von den Freistaaten ohne königliche Macht auf Island und Grönland, in Skandinavien ein Staat ohne König regiert wurde. Diese Feststellung ist von allergrößter historischer Bedeutung. Wie Professor Bull behauptet, war das Königtum im Norden vor 900 eher eine Ausnahme als eine Regel. Bargeld spielte, wie man aus alten Urkunden erfährt, im Freistaat Jemtland eine sehr große Rolle, was im Zeitalter des Tauschhandels verwunderlich erscheinen mag. Herrenhöfe und Landgüter werden nur gegen Bargeld verkauft, und zwar gegen klingende Silbermünze. Die Handelsbeziehungen Jemtlands waren sehr ausgebreitet. Der größte Umsatz geschah in Pelzen. Von hier wurden Pelze in alle Teile Europas exportiert. Als im Mittelalter die Nachfrage nach Pelzen stark stieg, wuchs auch die wirtschaftliche Bedeutung Jemtlands, was aber dem Freistaat zum Verhängnis wurde. Große Warenposten wurden über den normwegischen Hafen Trondheim verschifft, wodurch Jemtland in nahe Beziehungen zu Norwegen trat und zuletzt dem normwegischen Reiche einverleibt wurde.

Der Film „Die Weber“ in der Tschekoslowakei verboten. Die Aufführung des Films „Die Weber“, der nach dem Drama Gerhard Hauptmanns gedreht wurde, ist in der Tschekoslowakei von der Zensur verboten worden, da in dem Film aufreizende Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Gewalt geschlichtet und Mitleid, die unter das Strafgesetz und Terrorgesetz fallen, durch die Tendenz des Films verherrlicht würden. Es ist bezeichnend, daß die Tschekoslowakei diesen Film, der in Berlin und anderen Großstädten monatelang gelaufen ist, verbieten zu müssen glaubt.

Eine internationale Konferenz zum Schutze der Jugend wurde Mittwoch in London eröffnet. Das Ziel dieser Konferenz ist es, festzustellen, ob irgendeine größere Abnahme des wilden Geschäftes eingetreten ist, um nötigenfalls den Regierungen entsprechende Vorschläge zu machen.

Der Märkischer „Ost Curia 1449“ gibt am Sonntag, dem 16. Oktober, ein Herbstfest in der Stadtalle (Klosterstraße) unter Mitwirkung von Armin Liebermann, L. W. Karp, Ulle Brandenburg, Anfang 7, Einlage 6 Uhr.

Eine Alfred Herr-Maxime wird Sonntag, 11 Uhr vorm. im Theater am Rollendörpfer vom Verlag „Der Ueberblick“ veranstaltet. Mitwirkende: Lehner, Bergner, Deutsch, Durieux, Kämpfer, Kottner, Kossen, Bedetind, K. Z. Wegner.

Eine Gesellschaft für prähistorische und ethnographische Kunst wurde im Anfang an das Institut für prähistorische und ethnographische Kunst gegründet. Ihre Aufgabe wird die Förderung und Pflege der prähistorischen und ethnographischen Kunst sein. Vorsitzender ist Dr. Herbert Kühn.

# Internationales Arbeitsamt.

Die Internationale der Agrarier verlangt eine Extrawurft.

In der Fortsetzung der Debatte über den Bericht des Direktors brachte heute vormittag der deutsche Regierungsvorsteher Dr. Feig in der Sitzung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes den Wunsch vor, daß im Haushalt des Internationalen Arbeitsamtes mehr Mittel für Uebersetzungen der wissenschaftlichen Arbeiten des Amtes in dritte Sprachen, insbesondere ins Deutsche, vorgesehen werden mögen. Es sei außerordentlich bedauerlich, daß wichtige Veröffentlichungen nicht ins Deutsche übertragen werden. Es gab dann eine interessante Debatte mit starkem politischen Hintergrund. In dem Bericht des Direktors ist ein Schreiben des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom enthalten, in dem die Einsetzung einer Kommission für „Zusammenarbeit“ angekündigt wird. Der Vorsitzende dieses Instituts ist der frühere Marschall und jetzige italienische Regierungsvorsteher im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes de Michellis. Es besteht bereits zwischen diesem Institut und dem Internationalen Arbeitsamt eine gemeinsame Kommission, die solche Fragen zu behandeln hat, die in den Bereich beider Organisationen fallen.

Der deutsche Arbeitervertreter, Genosse Hermann Müller, Vorsitzender des IOWA, wandte sich energisch gegen die Methoden des Internationalen Instituts in Rom, das bemüht sei, alle landwirtschaftlichen Fragen an sich zu ziehen, und zwar selbst die rein sozialpolitische Natur, die unzweifelhaft zur Kompetenz des Internationalen Arbeitsamtes gehören. Die bestehende Kommission habe große Schwierigkeiten zu überwinden, und es sei nicht abzusehen, welchen Zweck die Schaffung dieser neuen Kommission haben soll. Die Organisationen der Landwirtschaftlichen Arbeiter seien nicht geneigt, in dieser Frage in der Kommission, dessen Einsetzung das Internationale Institut für Landwirtschaft mittelst, mitzuarbeiten. Jedenfalls müsse man erst Klarheit haben über die Aufgaben, die dieser neuen Kommission gesetzt werden sollen. Müller schlug deshalb vor, von jeder Stellungnahme abzugehen, solange die Statuten dieser neuen Kommission nicht bekannt seien.

Dieser Ansicht traten außer Jouhaux auch die Regierungsvorsteher von Kanada bei. Der italienische Regierungsvorsteher suchte einestheils die Sache möglichst harmlos hinzustellen, andernteils jedoch brutal dem Verwaltungsrat klarzumachen, daß er, der Vorsitzende des Internationalen Instituts in Rom, es ja gar nicht nötig habe, sich darüber mit dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zu unterhalten. Es sei ein reiner Höflichkeitssatz des Internationalen Instituts in Rom, zu dem dieses ja gar nicht verpflichtet sei.

Jouhaux erinnerte treffend daran, daß man die Kompetenz des Internationalen Arbeitsamtes in Landarbeiterfragen seinerzeit überhaupt bestellt habe und daß das Amt gezwungen gewesen ist, eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs im Haag herbeizuführen, die zugunsten des Internationalen Arbeitsamtes ausgefallen ist. Man müsse den Eindruck gewinnen, daß diese Neugründung des Internationalen Instituts in Rom nur eine Fortsetzung der Bestrebungen sei, dem Internationalen Arbeitsamt Hemmnisse bei der Behandlung der Landarbeiterfragen zu bereiten.

Zum Schluß wurde auf Vorschlag von Thomas dahingehend entschieden, daß der Verwaltungsrat dazu erst Stellung nehmen wird, wenn ihm das Statut der neuen Kommission in Rom bekannt sein wird. Das bedeutet praktisch, daß man im Verwaltungsrat den Bestrebungen in Rom mit ausgesprochenem Mißtrauen gegenübersteht.

Es kam dann zu der Abstimmung über den Antrag der englischen Regierung, das Datum der Konferenz von 1928 auf den 10. Oktober festzusetzen. Der Antrag wurde abgelehnt und es wurde mit großer Mehrheit beschlossen, die Konferenz zum 30. Mai einzuberufen. Es kam dann noch zu einer lebhaften Debatte über die Festsetzung der Tagesordnung der Internationalen Konferenz von 1928. Vorgelesen waren außer den Fragen der Mindestlöhne und der Unfallversicherung die Frage der Zwangsarbeit der Eingeborenen. Auch hier widersprach der englische Regierungsvorsteher. Die Frage der Zwangsarbeit der Eingeborenen sei noch nicht reif, man dürfe die Tagesordnung nicht überlasten usw. Der deutsche Regierungsvorsteher Dr. Sigler stimmte seinem englischen Kollegen bei. Es wäre besser, möglichst wenige, aber inhaltsreiche Abkommen zur Ratifizierung abzuschließen.

Albert Thomas wies in einer sehr lebhaften Erweiterung darauf hin, daß es sich nur um eine sittliche Frage handele, die längst reif sei und die die Konferenz nicht belasten würde. Ein Abkommen mehr könne die Regierungen nicht verhindern, die bisherigen Abkommen zu ratifizieren. Gerade die englische Regierung habe seit drei Jahren im Völkerbund darauf gedrungen, daß man diese Frage behandle. Es wurde schließlich aber mit 11 gegen 7 Stimmen entsprechend dem Antrag des englischen Regierungsvorstehers beschlossen. Dabei ist bemerkenswert, daß sowohl der englische wie der kanadische Arbeitervertreter sich der Stimme enthielten.

## Die Befähigungsverminderung.

Zum 1. November fällig.

Paris, 13. Oktober. (Eigenbericht.)

Das linksstehende Blatt „Ere Nouvelle“ wendet sich gegen gewisse Presseäußerungen, wonach die Alliierten das Deutschland gebene Versprechen der Befähigungsverminderung nicht einhielten. Das Blatt führt aus, daß im Oktober 1925 in Genf die Alliierten dem Reichsaussenminister versprochen haben, diese Verminderung von 72 000 auf 60 000 Mann bis zum 1. November d. J. durchzuführen, unter dem Vorbehalt, daß das Kräfteverhältnis zwischen den einzelnen Befähigungsmächten erhalten bleibe. Frankreich hätte auf Grund dieses Versprechens seine Truppen um rund 9000 Mann herabzusetzen. Die französische Heeresleitung habe dagegen in Ausführung dieser Zusage nur 4000 Mann zurückgezogen, es sind also bis zum 1. November d. J. noch 3000 Mann zurückzuziehen. Die Zurückziehung dieser Truppen geht nur etappenweise vor sich, und es dürften keinerlei Mißverständnisse über die Ausführung der französischen und alliierten Versprechungen entstehen, solange nicht der 1. November da sei. Sodenfalls würden die Alliierten und insbesondere Frankreich ihren Verpflichtungen nachkommen.

Der deutsche Botschafter in Paris hat im Außenministerium am Duai d'Orsay die Auffassung der Reichsregierung ausgesprochen, daß alle bisher über die Ausführung einer Befähigungsverminderung gemachten Mitteilungen nicht offiziellen Charakter tragen und der deutschen Regierung eine entsprechende Mitteilung sobald als möglich erwünscht sei.

Die griechische Regierung hat die Grenze gegen Bulgarien gesperrt, weil auch dort bulgarische Kommissaris ihr Unwesen treiben.

# Keine Nachricht von den Ozeanfliegern.

Das Heinkel-Flugzeug D 1220 in Brunsbüttel und das Junkers-Flugzeug D 1230 in Lissabon gestartet.

Das Heinkel-Flugzeug D 1220 ist heute früh 9,45 Uhr im Brunsbütteler Binnenhafen zum Weiterflug in südwestlicher Richtung glatt gestartet. Ueber das nächste Ziel bewachten die Piloten strenges Stillschweigen.

Brunsbüttelkoog, 13. Oktober.

Das Heinkel-Wasserflugzeug D 1220, das heute früh gegen 17 Uhr von der alten Schleuse, in der es die Nacht über gelegen hatte, in den Nord-Deise-Kanal eingeschleust worden war, rollte, nachdem die letzten Startvorbereitungen getroffen waren, um 9,55 Uhr einige tausend Meter in den Kanal hinein, wendete dann zum Start gegen den Wind ein und erhob sich um 9,45 Uhr bei etwas diesigem Wetter in die Luft. Das Flugzeug schlug die Richtung Cuxhaven—Rorderney ein. Nach den letzten Erklärungen, die der Pilot Herz kurz vor dem Start dem Sonderberichterstatter des WTB gab, besteht es bei der ursprünglichen Absicht, Amsterdam anzuliegen.

Lissabon, 13. Oktober. 1/1 Uhr früh.

Das Junkers-Flugzeug D 1230 wird heute früh um 1/6 Uhr seinen Weiterflug nach Amerika antreten.

## „American Girl“ verschollen!

New York, 13. Oktober.

Außer von der „American Banker“ ist von keinem der auf den großen Wasserstraßen befindlichen Dampfer eine Meldung über eine Sichtung der „American Girl“ eingelaufen. Die „Mauretania“, die 800 Meilen von New York entfernt war, und die „Celtic“ auf der Mitte des Ozeans drahteten der Associated Press, daß das Flugzeug noch nicht gesichtet worden sei, obwohl beide Dampfer in der Richtung des Flugzeuges fuhren. Ein zweites Radiogramm der „American Banker“ besagte, daß die Höhe, in der das Flugzeug gestern gesichtet wurde, etwa 1000 Fuß betragen habe, und daß es beim Ueberfliegen des Dampfers Lichtsignale gab. Allmählich tritt hier eine gewisse Beunruhigung über das Schicksal des Flugzeuges ein, da angenommen wird, daß es bei nur 1000 Fuß Flughöhe während des Tages von vielen Dampfern hätte gesehen werden müssen.

Paris, 12. Oktober.

Die Direktion des Flughafens Le Bourget hat, obwohl sie nicht offiziell von der zu erwartenden Ankunft der amerikanischen Fliegerin Ruth Elder in Kenntnis gesetzt worden ist, für die Nacht einen Teil des Personals zur Nachtwache berufen.

und die Beobachtungsposten der Notlandungsplätze nördlich von Paris alarmiert.

## Das Wetter auf dem Atlantik.

Die in Angriff genommenen amerikanischen Ozeanflüge und in der Vorbereitung befindlichen deutschen Projekte geben Veranlassung, der Wetterlage über dem Atlantischen Ozean erneute Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dabei muß von vornherein betont werden, daß die meteorologischen Voraussetzungen für die von den deutschen Fliegern in Aussicht genommene Südroute Lissabon—Azoren—Bermudas zurzeit durchaus nicht so ungünstig sind, wie Ende August und im Laufe des September auf der Nordroute Irland—Neufundland. Diese letzte Route scheidet allerdings für dieses Jahr für Atlantikflüge in der Ostwestrichtung vollkommen aus, hauptsächlich wegen der starken Westwinde, die wiederum für Flüge von amerikanischer Seite durchaus günstig sind. Die amerikanische Ozeanmaschine „American Girl“ der Ruth Elder, über deren Verbleib bis zur Stunde noch keine weiteren Nachrichten vorliegen, hat nach den letzten Weitermeldungen auf der ersten Hälfte ihres Fluges ideales Wetter mit starkem Rückenwind angetroffen, während sich im östlichen Teil des Atlantik die atmosphärischen Verhältnisse für die amerikanische Fliegerin etwas ungünstiger, wenn auch nicht gefährlicher gestalten. Auf dem Ostatlantik weht ein Südwind, der eine nicht unerhebliche Abstrich verursachen kann. Außerdem herrscht westlich von Irland Nebel. Die hauptsächlichste Störung liegt aber nicht mehr über dem Ozean, sondern im Augenblick im Golf von Biscaya und im Kanal, dürfte sich aber voraussichtlich auch hier nicht mehr lange halten. Nach Spanien zu ist das Wetter bereits günstiger, und nach Ansicht meteorologischer Kreise wäre im Augenblick auch für die deutschen Ozeanflieger, die in Lissabon startbereit sind, die Möglichkeit vorhanden, wenigstens bis zu den Azoren zu gelangen, wobei der Südwind auf dem Atlantik als Seitenwind in Kauf genommen werden kann. Von den Azoren an wäre dagegen in westlicher Richtung nach den Bermudas und zur amerikanischen Ostküste im Augenblick kein günstiges Flugwetter zu erwarten, da hier ausgeprägter starker Gegenwind zu verzeichnen ist.

## Der französische Brasilienflug verschoben.

Paris, 13. Oktober.

Der für gestern abend angelegte Weiterflug von Cokes und Le Biz von Dakar nach Brasilien mußte infolge des Regens und des aufgewickelten Geländes verschoben werden.

## Selbstmord eines Justizinspektors.

Kein Zusammenhang mit der Affäre Ruppolt.

Der 49 Jahre alte Justizinspektor Max Schneider aus der Bornstraße 28 zu Steglitz, der bei der Nachhabteilung des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg beschäftigt war, wurde in seiner Laube in der Kolonie Klein-Machnow erhängt aufgefunden.

Schneider ging am Montag mittag von seiner Dienststelle weg unter dem Vorgeben, daß er einen Arzt aufsuchen wolle und ließ seitdem nichts mehr von sich hören. Während seine Frau eine Vermittlungsanzeige machte, erhielt sein Schwager einen Brief von ihm, in dem er ihm die Absicht mitteilte, sich das Leben zu nehmen. Man begab sich nun nach der Laube der Familie in der Kolonie „Klein-Machnow“ und fand hier den Vermittler erhängt und tot auf. Schneider hatte Angehörigen gegenüber mehrmals erwähnt, daß auch er mit der Affäre Ruppolt zu tun habe. In einem Briefe, der in der Laube lag, äußerte er sich ebenfalls hierüber. Die Ermittlungen der Anstalt des Amtsgerichts Schöneberg und der Kriminalpolizei haben jedoch bisher keinen Anhalt dafür ergeben, daß er in dieser Sache irgendwie belastet ist. Schneider war ein pflichterfüllter Beamter, gegen den keine Beschwerde vorlag. Ruppolt erklärt, daß er ihn zwar kenne, belastet ihn aber nach keiner Richtung, während er sonst mit Belastungen nicht gerade sparsam ist. Der Justizinspektor war schwer herzleidend und neurotisch. Nach den bisherigen Ermittlungen muß man annehmen, daß er in einer krankhaften Einbildung hand an sich gelegt hat. Einen Arzt hatte er nicht mehr aufgesucht.

## Reffelexplosion in Wilmersdorf.

In der Ede Vargasier Straße und Kaiserstraße in Wilmersdorf in der Nähe des Ringbahnhofes Wilmersdorf-Friedenau werden gegenwärtig an der Eisenbahnüberführung Arbeiten vorgenommen, die dem Unternehmers Ernst Pfeffer übertragen worden sind. Dabei findet ein Brechluftstempel mit fünf Atmosphären Druck Verwendung. Heute früh kurz nach 9 Uhr gab es plötzlich einen furchtbaren Knack. Der Reffel war explodiert und der schwere Deckel wurde etwa hundert Meter fortgeschleudert. Zahlreiche Schaufenster und Wohnungsfenster in der Umgebung wurden durch den gewaltigen Luftdruck zertrümmert. Wie durch ein Wunder blieben Arbeiter unverletzt. Vier Vorübergehende dagegen, die im Augenblick der Explosion die Unfallstelle passierten, erlitten Nervenschocks und suchten sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Ursachen der Explosion, die große Aufregung hervorgerufen hatte, sind noch ungeklärt.

## In der Notwehr auf den Vater geschossen.

Eine aufregende Familienszene spielte sich am Mittwoch nachmittag in einem Hause der Antwerpener Straße ab. Der 50 Jahre alte Hausverwalter W., der öfter trinkt, kam wieder angekränkt nach Hause und fing mit seiner Frau Streit an. Als er ärmlich wurde, sprang der 23 Jahre alte Sohn Otto seiner Mutter bei. Jetzt wandte sich W. gegen seinen Sohn und griff auch ihn an. Durch die Räume der Wohnung verfolgt, versuchte der junge Mann zunächst, mit Einrichtungsgegenständen den wütenden Vater abzuwehren. Als er sich nicht mehr anders zu helfen wußte, zog er einen Revolver, gab mehrere Schüsse auf den Vater ab, traf ihn am Kopf und verletzte ihn so erheblich, daß er von der nächsten Rettungsstelle nach dem Wichow-Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Sohn wurde auf der Wache des 44. Regiments von der Kriminalpolizei vernommen und wieder entlassen, nachdem die Beamten festgestellt hätten, daß er in der Notwehr gehandelt hat.

## Lebenskundeunterricht.

In wenigen Tagen wird der Kampf um den Reichsschulgesetzentwurf im Reichstag erhitzen. Die Stellung aller freidenkerischen Eltern dazu ist gegeben. Darüber hinaus erhebt aber der Appell an die Eltern, heute schon die Kinder zu kritischen Mitkämpfern zu erziehen. Wer da will, daß die Kinder über Rechte des Staatsbürgers und Pflichten gegenüber Mitmenschen unterwiesen werden, der läßt sie in den Unterricht für Religionsgeschichte und Lebenskunde. Dieser Unterricht wird ohne jegliche Verpflichtung unentgeltlich an folgenden

Stellen von der freireligiösen Gemeinde Berlin abgehalten: Weisenburger Straße 4a, Donnerstag 3 1/2 bis 5 1/2 Uhr; Reichenberger Straße 44/45, Montag 3 1/2 bis 5 1/2 Uhr; Kopenstraße 84, Freitag 3 bis 5 Uhr; Wiesenstraße 68, Donnerstag 3 bis 5 Uhr; Tempelhofer, Friedrich-Wilhelm-Straße, Mittwoch 3 bis 5 Uhr; Riederschöneweide, Berliner Straße 31, Freitag 3 bis 5 Uhr; Köpenick, Grünauer Straße 5, Dugendheim, Mittwoch 4 bis 6 Uhr.

## Autolotfen.

Das Beispiel Magdeburgs, den fremden durch Magdeburg fahrenden Automobilisten sogenannte Autolotfen zur Verfügung zu stellen, hat auch in Kölner Automobilistenkreisen einen starken Widerhall gefunden. Einige der Unternehmer haben bereits den Antrag gestellt, das neue Gewerbe auf den Kölner Zufahrtsstraßen zuzulassen. Demgegenüber steht die Verkehrsteilung des Kölner Polizeipräsidiums auf dem Standpunkt, daß der Gedanke an sich zwar gut sei, daß aber in dieser Beziehung noch nicht genügend Erfahrungen vorliegen, um schon jetzt eine derartige Einrichtung für Köln zu schaffen. Auch sei es zweifelhaft, ob eine solche der Allgemeinheit dienende Einrichtung der privaten Spekulation zu überlassen sei oder ob es nicht anzuziehen wäre, die maßgebenden Verbände damit zu betrauen, die für die Tätigkeit der Autolotfen festbestimmte Personen anzustellen hätten.

## Der Leichensfund auf der Stettiner Strecke.

Zu dem Leichensfund auf der Strecke Bernau und Jepsenitz wird mitgeteilt, daß der Vorfall, über den wir in der Morgenausgabe berichteten, auch durch die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei und der Eisenbahnbeamten noch nicht näher aufgeklärt werden konnte. Es handelt sich um den Sageniker D.-Zug, der um 19,34 Uhr auf dem Stettiner Bahnhof eintrifft. Die Köffer des toten Kapitans Woblich lagen in einem Koffer 3. Klasse. Sie wurden von der Eisenbahnverwaltung beschlagnahmt und sichergestellt. Das Begleitpersonal des Zuges und die Reisenden wurden, soweit sie noch erreicht werden konnten, im Laufe des gestrigen Abends vernommen, konnten aber über den Vorgang keine Auskunft geben. Niemand hat etwas Verdächtiges wahrgenommen. Wahrscheinlich aber liegt ein Unfall vor. Wäre ein Verbrechen verübt worden, so hätte der Täter wohl auch die Köffer mitgenommen oder erbrochen und beraubt. Die Leiche des schwer verstaumelten Mannes wurde nach der Halle in Bernau gebracht.

## Zum Kampf gegen das Strafporto.

Das Reichspostministerium teilt zu den Anregungen auf Wegfall der Nachgebühren, die für unzureichend freigemachte Briefsendungen erhoben wird, mit: Die Frage der Nachgebühren ist durch den Weltpostvertrag für sämtliche Länder des Weltpostvereins bindend geregelt. Hiernach ist für nicht oder unzureichend freigemachte Briefsendungen eine über den einfachen Reihbeitrag hinausgehende Nachgebühr zu erheben. Die Deutsche Reichspost ist daher rechtlich nicht in der Lage, eine von dieser Bestimmung des Weltpostvertrags abweichende Regelung der Nachgebührenfrage selbständig zu treffen.

28. Wst. Ein 9. d. W. verstarb plötzlich an Herzschlag unter langjähriges Milialle Hugo Kummel, Grenzauer Allee 231. Auf dem Wege zur Ausübung seiner Funktion als Ordner der freien Volkshöhe erlitt ihn der Tod. Die Beerdigung erfolgt am Freitag, den 14. vormittags 10 Uhr in Paulskirchenfriedhof. Um rege Beteiligung wird gebitten. Obere letzten Abschieden.

Iden Maret registriert am Sonnabend, 13. Oktober, auf dem Versteck der 47. Wst. im „Krohn Saal“ des Gemeindefestsaales „Polizist de Sattien“. Karten zum Preise von 60 Wg. sind an der Abendkasse noch erhältlich.

## 15 Kinder bei einer Explosion verletzt.

Stuttgart, 13. Oktober.

Bei der Reinigung eines Kanals kamen Revolver, Munition und Handgranaten Sprengstoffe zum Vorschein, die vermutlich in der Revolutionszeit dort hineingeworfen worden waren. Schulkinder der Walsburger Schule beschäftigten sich während der Pause mit den dort gefundenen Handgranaten Sprengstoffen. Eine von diesen Sprengstoffen explodierte. Dabei erlitten 15 Kinder leichtere Verletzungen.

# Verdienstsenkung im Ruhrbergbau.

Statt 9,73 Mark nur 8,14 Mark.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ gibt einen Bericht über die Lohn-... im Ruhrbergbau im zweiten Vierteljahr 1927 wieder, wonach die Zahl der im Oberbergamtsbezirk Dortmund beschäftigten Vollarbeiter im zweiten Vierteljahr 1927 gegen das erste Vierteljahr um 8698 auf 341 046 abgenommen hat und die Gesamtzahl der verfahrenen Schichten um 2 328 666 auf 25 736 981 zurückgegangen ist. Auch die Zahl der je Vollarbeiter verfahrenen Schichten ist zurückgegangen und die Anzahl der Ueberstunden...

Während der Gesamtleistungslohn um rund 11 Millionen Mark auf rund 196 Millionen Mark zurückgegangen ist, stieg der Leistungslohn je Schicht um 24 Pf. auf 7,62 M. Dasselbe Verhältnis ergibt sich beim Vergleich des Gesamtverdienstes und des Verdienstes je verfahrenen Schicht. Dagegen ist der Verdienst je Vollarbeiter von 623 Mark im 1. Vierteljahr auf 602 Mark im 2. Vierteljahr, also um 21 Mark zurückgegangen.

Unter Verdienst ist der Leistungslohn zuzüglich aller Zuschläge für Ueberarbeiten sowie des Hausstands- und Kindergeldes zu verstehen. Unter Leistungslohn ist zu verstehen: Grundlohn zuzüglich Gehilfenerdienst oder Schichtlohn ohne alle Zuschläge für Ueberarbeiten, sowie ohne Hausstandsgeld und Kindergeld, jedoch einschließlich der Arbeiterbeiträge zur sozialen Versicherung und aller Zuschläge auf Grund des Verfahrens der normalen Schicht.

Im Jahre 1913 betrug der Durchschnittslohn je Kopf der Bergarbeiterschaft einschließlich Sonderbeiträge im Oberbergamtsbezirk Dortmund 5,60 M., der Durchschnittslohn je Kopf der unterirdisch und im Tagebau beschäftigten Arbeiter im engeren Sinne (Heuer und Schleppler) 6,75 M.

Die Unternehmer fordern, daß die Leistung bezahlt werden soll.

Die Leistung (der Schichtförderanteil) betrug zuletzt 119 Prozent gegen 100 Prozent im Frieden. Der Friedenslohn von 5,60 M. müßte also, wenn ein Ausgleich für die höhere Leistung erfolgen sollte, um 19 Proz. höher sein, also 6,66 M. betragen. Diese 6,66 M. müßten zum Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten um mindestens 46 Proz. erhöht werden, also 9,73 M. betragen.

Statt dessen muß der Ruhrbergmann sich mit einem Durchschnittsverdienst von 8,14 M. begnügen, während ihm zum Ausgleich der Leistungssteigerung und der Teuerung 9,73 M. bezahlt werden müßten.

Den Einwänden der Unternehmer, wie ungenügend gesteigerte Kohlenpreise, erhöhte Materialpreise, begegnet die „Bergarbeiter-Zeitung“ von vornherein mit dem Hinweis auf die Riesengewinne, die die großen Konzerne an der Ruhr gemacht haben, insbesondere auch aus der Nebenproduktion. Jedenfalls hat der Reallohn des Ruhrbergmanns noch nicht den Friedensstand erreicht. Der Bergbau mit seinen Maschinen ist eine Hölle für den Bergmann geworden.

## Die Unternehmer melden sich.

Essen, 13. November. (W.F.B.)

Von bergbauamtlich interessierter Seite wird mitgeteilt, daß die bisher geltende Lohnregelung frühestens am 1. April 1928 gekündigt werden könne. Die Ruhrzechen bräuchten die bisher stets abgelehnte Preiserhöhung für Kohle um 7½ Prozent, um bei den bisherigen Bergarbeiterlöhnen ohne Verlust arbeiten zu können. Unter diesen Umständen könne von einer neuen Lohnerhöhung nicht die Rede sein.

Reichsarbeiter sind, durchschnittlich gemessen an den Löhnen der Privatindustrie wie an den Indexpunkten, um 25 bis 30 Proz. zu niedrig. Die Ausgleichung dieser Differenz ist die verdammt Pflicht und Schuldigkeit des Reichsfinanzministeriums. Begangenes Unrecht muß wieder gutgemacht werden.

## Berliner Gewerkschaftsschule.

In der nächsten Woche beginnen die Lehrgänge der Berliner Gewerkschaftsschule. In mehreren Notizen haben wir bereits auf die Kurse des Wintersemesters dieser Schule hingewiesen und einige von ihnen bereits an dieser Stelle veröffentlicht. Wir weisen noch einmal auf einige bisher nicht genannte Kurse hin. So ist besonders wichtig ein Lehrgang für die gewerkschaftlich und politisch organisierten und tätigen Frauen. Es ist der Lehrgang SO. 4.

### Die Frau im Erwerbs- und Berufsleben.

Er umfaßt 10 Abende. Leiterin ist die Genossin Gertrud Ellert. Der Lehrgang wird nach folgenden Gesichtspunkten durchgeführt:

Erwerb und Beruf, ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Grundfrage. — Berufswahl und Arbeitsmarkt (Berufsmöglichkeiten, Aufgaben und Grenzen der Berufsberatung). — Wirtschaftliche und rechtliche Stellung der weiblichen Arbeitnehmer (Entlohnungsproblem, Schutzbestimmungen). — Die Frau im Betriebsleben. — Mitarbeit der Frauen in den Gewerkschaften.

Die schaffende Frau beim Aufbau neuer Kultur. — Wirkungen der Frauenerwerbsarbeit auf das Familienleben: Hauswirtschaft, Eheführung, Kindererziehung. — „Bermännlichung“ der Frau oder neues Frauentum?

Außer diesem Kursus ist weiter auf den Kursus SO. 3

### Mensch und Wirtschaft

10 Abende, Lehrer Hans Kraus, hingewiesen, der als Grundlage der menschlichen Gesellschaft, die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsepochen, die Entwicklung der modernen Arbeiterorganisation, den Arbeiter als Objekt der Wirtschaft und den Arbeiter als Kontrolleur der Wirtschaft behandelt wird.

Außer diesen und den bereits früher veröffentlichten Lehrgängen veranstaltet die Schule eine Reihe von

### arbeitswissenschaftlichen Besprechungen

über die weiteres nächstens noch bekanntgegeben wird. Lehrpläne sind in den Bureaus der Ortsverwaltungen und im Zimmer 13 des Gewerkschaftshauses zu haben. Lehrberatungsstunden finden Montags und Freitags in der Zeit von 4 bis 7 Uhr im Bureau der Gewerkschaftsschule, Engelstr. 24/25, 1. Stad., Zimmer 6, statt.

Reallöhne in verschiedenen Städten im August 1927	Nahrungsmittelaufgaben einer mittleren Arbeiterfamilie im August 1927
Nach Angaben des internationalen Arbeitsamts London = 100	Nach Angaben des internationalen Arbeitsamts London = 100
Philadelphia 183	Philadelphia 133
Dublin 116	Kopenhagen 112
Kopenhagen 113	Stockholm 105
Amsterdam 89	Wien 104
Stockholm 87	Rom 102
Berlin 69	Dublin 96
Paris 56	Paris 93
Riga 53	Amsterdam 82
Prag 52	Warschau 76
Brüssel 47	Prag 70
Wien 46	Riga 70
Rom 45	Brüssel 70
Warschau 39	

## Neue Verhandlungen im Brauereiarbeiterstreik.

Die Brauereiarbeiter haben dem Schiedsgericht zugestimmt und nunmehr dessen Verbindlichkeitsklärung beantragt. Der Schlichter hat daher die Parteien zu Verhandlungen zu morgen, Freitag, mittags 12 Uhr, geladen.

## Lohnelend der Reichsarbeiter.

Bei den Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über Gewährung einer außerordentlichen Lohnzulage für die Reichsarbeiter erklärte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums, eine außerordentliche Zulage könne rein eintrefflich nur dann gewährt werden, wenn in den Wirtschafts- und lohnpolitischen Verhältnissen außergewöhnliche Zustände eingetreten wären. Das sei jedoch nicht der Fall, und deshalb könne das Reichsfinanzministerium höchstens örtliche Lohnausgleiche vornehmen. In seinem Rechtfertigungsversuch verließ sich der Regierungsvertreter sogar zu der Behauptung, das Steigen der Indexpunkte sei

### auf die anormale Witterungslage

und auf Saisoninflüsse zurückzuführen. Ganz abgesehen davon, daß der Lebenshaltungsindeks mit Ausnahme des Monats August, fortgesetzt steigt, handelt es sich bei den Löhnen der Reichsarbeiter in erster Linie darum, daß ein durch den Uebergang von der Inflation zur Stabilisierung geschaffenes Unrecht wieder gutgemacht werden soll.

Bei der Stabilisierung wurden die Reichs- und Staatsarbeiter — von wenigen Ausnahmen abgesehen — auf Hungerration gesetzt. Im östlichen Wirtschaftsgebiet wurden Löhne festgesetzt, die weit unter dem Stand der Vorkriegszeit lagen und auch heute noch vielfach die Löhne der Vorkriegszeit kaum überschreiten. So werden zum Beispiel zurzeit für einen gelernten Arbeiter pro Stunde in Rürst 57 bis 61 Pf. gezahlt, in Frankfurt an der Oder 61 bis 65 Pf., in Königsberg 60 bis 64 Pf.; dazu kommen allerdings noch Frauen- und Kinderzulagen in Höhe von je 3 Pf. Aber es gibt eine ganze Menge lediger Arbeiter ohne Frauen- und Kinderzulagen und ältere Arbeiter, die höchstens Frauenzulage beziehen können, so daß, selbst wenn man 51 Wochenstunden zugrunde legt, im allgemeinen

### Löhne von 29 bis 32 M. für gelernte Handwerker

pro Woche gezahlt werden. Davon gehen dann noch Steuern, Krankentafeln- und Erwerbslosenfürsorgebeiträge ab.

Noch übler sind die ungelerten Reichsarbeiter daran. Sie erhalten in Rürst, in Frankfurt a. d. Oder und in Königsberg Wochenlöhne von 24 bis 26 M., nach Abzug der Beiträge von 22 bis 24 M. — Löhne, die in der Tat auch heute noch die Friedenslöhne kaum erreichen.

Wenn das Reichsfinanzministerium wenigstens den Grundgedanken lassen würde, die Löhne der Reichsarbeiter an den Löhnen der vergleichbaren Privatindustrie zu messen! Schon dann müßte es den Organisationen einigermaßen entgegenkommen. Aber das Reichsfinanzministerium vertritt den Standpunkt, vorwiegend vergleichbar für die Löhne der Reichsarbeiter seien die Löhne der Metallarbeiter (Fabrikbetriebe), und zwar gleichviel, ob es sich bei den Reichsarbeitern um Schuhmacher, Schneider oder Buchdrucker handelt. Wenn wenigstens der Handwerksbetrieb in der Metallindustrie Berücksichtigung fände! Dann würde sich immer noch ein ganz anderes Bild ergeben, wie folgende Beispiele zeigen. Nach einer Aufstellung des I.A.G.B. für August 1927 stellt sich das Verhältnis der Metallarbeiterlöhne im Handwerksbetrieb (a) und der Reichsarbeiterlöhne (b) wie folgt: in Wachen a) 1,05 M., b) 77 bis 81 Pf.; in Berlin a) 1,41 M., b) 91 bis 95 Pf.; in Magdeburg a) 1,11 M., b) 68 bis 72 Pf.; in München a) 1,32 M., b) 81 bis 85 Pf.; in Kiel a) 1,03 M., b) 72 bis 76 Pf. Und so überall daselbe Bild: die Löhne der

## Schiedspruch für die ostfälische Textilindustrie.

Zittau, 12. Oktober.

Der vom Schlichtungsausschuß Dresden am 28. September 1927 für die Textilindustrie Ostfalens gefällte Schiedspruch ist vom Schlichter für den Freistaat Sachsen für verbindlich erklärt worden.

## Kündigung von 5500 Textilarbeitern.

Engelskirchen, 12. Oktober.

Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie des Oberbergischen hat im Anschluß an eine Kündigung der Arbeiter bei der Firma Ermen u. Engels wegen Lohnstreitigkeiten den gesamten Textilarbeitern des Oberbergischen zum 24. Oktober gekündigt. Von der Aussperrung werden insgesamt 5500 Textilarbeiter und -arbeiterinnen betroffen.

Der Zentralverband der Maschinisten und Helzer teilt uns mit, daß für die Mitglieder seiner Organisation mit der Firma Julius Pintsch A.G., Berlin, für deren Delgasanstalten ein Reichsarbeitsvertrag abgeschlossen ist. Die Mitglieder des Verbandes sind also an der in Berlin-Kummelsburg ausgebrochenen Bewegung nicht beteiligt.

## Wirtschaft

### Verbaute Gewinne beim Eschweiler Bergwerksverein.

Die Ritterstellung des Eschweiler Bergwerksvereins im Sachener Revier zwischen rheinischer Kohle und belgisch-luxemburgischem Eisen und seine Interessengemeinschaft mit dem luxemburgischen Arbed-Konzern haben dieses Unternehmen aus dem Rahmen der übrigen westdeutschen Schwerindustrie heraus. Auf der reichsten Kohlenbasis in Westdeutschland stehend, war der Eschweiler Bergwerksverein in erster Linie Lieferant für die Eisen- und Stahlwerke des Arbed-Konzerns. Das neu errichtete Kohlenlager im Rannheimer Industriehafen, sowie die im Geschäftsbericht vermerkte Erweiterung des Verkaufsradius deuten darauf hin, daß das Unternehmen trotz seiner ungünstigen Frochthafis auch auf dem süddeutschen Markt Fuß gefaßt hat.

Obwohl der Bilanzbeurteilung durch die vertragsgemäße Dividendenquote von 14 Proz. und dem fehlenden Unkostenausweis gewisse Grenzen gesetzt sind, bieten die einzelnen Posten genug Anhaltspunkte dafür, daß die Gesellschaft hohe Konjunkturgewinne erzielen konnte. Die Kohlenförderung übertraf mit 3,48 Millionen Tonnen zum erstenmal die Förderziffern im letzten Friedensjahr und zwar mit 18,6 Prozent! Auch in den einzelnen Zweigen der Nebenprodukte übersteigen die Ergebnisse die des Vorjahres um 20 bis 30 Proz. Dementsprechend hat sich der Umsatz von 57,8 auf 73,7 Millionen Mark erhöht. In den einzelnen Bilanzposten sind gegenüber dem Vorjahr ganz erhebliche Veränderungen eingetreten. Der Ausbau der Koksereianlagen, der vielleicht mit Gaserverwertungsplänen der Gesellschaft im Sachener Revier zusammenhängt, sowie Grundstücks- und Vändereinerwerb brachten einen Anlagezuwachs von insgesamt 8,5 Millionen Mark. Die Abschreibungen sind mit 3,4 Millionen um 50 Proz. höher als im Vorjahr angefallen. Die in den letzten beiden Jahren erforderlich gewordenen Zuschüsse des Arbed-Konzerns zu den Forderungen in Höhe von 3,7 und 2,1 Millionen sind fortgefallen und außerdem die Forderungen mit fast 23 Millionen Mark mehr als verdoppelt. Zieht man zur Beurteilung dieser Posten auch die neue Hollandanleihe mit einem Erlös von etwa 18 Millionen mit heran, so ergibt sich trotzdem eine Bilanzverbesserung von 4,7 Millionen, so daß also über die Hälfte der Neubauten und des Grundstücksverwerbs aus laufenden Gewinnen finanziert werden konnte.

Ob im Gegensatz zu den Arbed-Zuschüssen der letzten Jahre sogar Ueberweisungen von Eschweiler an die Arbed erfolgten, läßt sich aus der Bilanz nicht feststellen. Das Bilanzergebnis zeigt jedenfalls, daß auch dieses an sich ungünstiger als die Ruhrindustrie gefundene Unternehmen aus seinen Konjunkturgewinnen eine starke „innere Aufwertung“ seines Anlagevermögens vornehmen konnte. Die Forderungen liegen mit 15 353 Köpfen noch um 500 Mann unter dem Friedensstand, woraus sich angefaßt der die Friedensproduktion überschreitenden Förderziffern eine Mehrleistung je Mann und Schicht von 22 Proz. ergibt.

### Große Gewinne im Rödner-Konzern.

Die ersten Mitteilungen über den Jahresabschluss der Rödner-Werke A.-G. lassen sehr bedeutende Gewinne erkennen. Betriebsüberschüsse sind von 24,5 auf 32,8, Abschreibungen von 7,1 auf 8,0, Reingewinne von 5,3 auf 7,2 Millionen gegen das Vorjahr gestiegen. Die Dividende wird um 2 Proz. auf 7 Proz. erhöht, also um 1 Proz. weniger als im Hoersch-Köln-Neuessener Konzern. Entscheidend ist auch bei Rödner der Zechenbetrieb, was wiederum die gute Lage der Ruhrzechen erkennen läßt. In der Aufsichtsratsitzung wurde die Kapitalerhöhung von 90 auf 110 Millionen beschlossen. Mit der 40 Millionen-Goldanleihe verfügen die Rödner-Werke damit über das große Kapital von 150 Millionen Mark.

Verantwortlich für Volltext: Dr. Carl Geertz, Wirtschaft: G. Hünig, Leiter: Gemeindefachbewegung: R. Kühn; Redaktion: Dr. John Schilowski; Korrespondent: G. Hünig; Anzeigen: H. Hünig; Druck: Friedrichs-Verlag; und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2.

Am Sonntagabend verließ ganz plötzlich und unerwartet mein betagener und treuer alter Mann

**Hugo Rummel**

Dies zeigt tiefbetrübt an

**Marie Rummel**, geb. Neumann.

Die Beerdigung findet Freitag, den 14. Oktober, vorm. 10 Uhr im Krematorium zu Baumhülfenweg statt.

**Teppiche**

**8 billige Umzugstage**

Boule 200/200 . . . Mk. 25.-  
mich. Smyrna 250/350 Mk. 70.-

**Smyrna-Fabrikteppich-Verkauf**

Friedrichstraße 204  
(nahe Leipziger Str.)

# TOTAL-AUSVERKAUF

wegen vollständiger Aufgabe des Herrngarderoben-Spezialgeschäftes Gertraudenstraße 24. Das gesamte vorräthige Lager und die im Auftrag befindlichen Waren, zum mehrern Teile 4 Stück, müssen in ganz kurzer Zeit vollständig ausverkauft werden. Es gelangen zum Verkauf mehrere tausende modernste

## modernste fertige Herren-Anzüge, Mäntel, Hosen

Die Preise sind rücksichtslos herabgesetzt, zum Teil weit unter Einkaufspreis!

Herren-Winter-Mäntel, blaue und farbige Herren-Jackett-Anzüge, Tanz-, Smoking-, Frack-Anzüge, gestreifte Herren-Kammgarnhosen, Konfirmanten-Anzüge, Jünglings- u. Knaben-Anzüge u. Mäntel

**Benutzen Sie diese beispiellos günstige Gelegenheit**

zum Einkauf Ihres Herbst- und Winterbedarfes. — Kommen Sie möglichst vormittags.

# Herrenbekleidung Gertraudenstr. 24

gegenüber der Petrikirche